

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,00 DM. — Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 200 000 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 300 000 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelför 17. Fernruf 3366 und 3357. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 36/37

Duisburg, Anfang September 1923

24. Jahrgang

Das Gebot der Stunde

Motto: Das ist die Not der schweren Zeit
Das ist die schwere Zeit der Not
Das ist die schwere Not der Zeit
Das ist die Zeit der schweren Not.

Neun lange Jahre des Leidens hat das deutsche Volk nun hinter sich. Mit dem Weltkrieg sang dieser Leidensweg an. Die Zerreißung der Familien, die grauenvolle Herrschaft des Todes, die Abschmürung unseres Vaterlandes mit dem Druck des Mangels kennzeichnen die erste Periode unseres Leidens. Die zweite begann mit der Niederlage Deutschlands. Waffenstillstand, Revolution, Friedensvertrag mit seinen Auswirkungen, dem fürchterlichen materiellen und wirtschaftlichen Elend sind die einzelnen Leidensstationen auf dem Kalvarienweg unseres Volkes. Und jetzt scheint es, als ob die deutsche Not den Weg zu ihrem Gipfelpunkt fände. Unsere deutsche Mark ist wertlos. Alles wendet sich von ihr ab. Im wirtschaftlichen Leben, in der Händlerwelt, im Geschäftsleben rechnet man heute schon überwiegend mit Goldmark und immer größere Volksschichten geraten in den Strudel der wilden Preisbewegung und drohen darin unterzugehen. Ein Bedürfnis nach dem andern bleibt unbefriedigt. Etwas Fleisch, Butterbrotbelag, ja Eier, Milch geraten immer mehr in die Reihe der Kostbarkeiten, werden immer teurer auf dem Tische der Masse. Ja selbst in notwendigen Lebensmitteln: Kartoffeln, Gemüse, Brot, geht der Konsum zurück, weil deren Preise eine schwindelnde Höhe erreicht haben.

Die fürchterliche Not nagt am Lebensmarkt der breiten Volksschichten und droht, das kostbarste Gut der deutschen Wirtschaft, die Gesundheit und Kraft der schaffenden Stände in immer stärkerem Maße anzufressen. Alles, was geschah in den letzten Monaten, trifft in erster Linie die Kreise der Besitzlosen und damit auch der Arbeiter.

Tausendmal in all den fürchterlichen Jahren ist die Hoffnung auf Besserung der trostlosen Lage in den Herzen des Volkes aufgewacht. Und heute gärt in vielen Herzen die Verzweiflung. Tausende haben den Glauben an eine Besserung aufgegeben und sind dumpfer Resignation anheim gefallen oder lassen sich von Demagogen, die nur sich und ihren Aufstieg im Auge haben, zu Akten verzweifelter Gewalt, zu den unsinnigsten Handlungen hinarbeiten.

Es wäre indes falsch, wollten wir das fürchterliche Ausmaß der Not nur auf die außenpolitischen Vorgänge zurückführen. Nein, alle jene helfen die Not des Volkes verzögern, die in brutalem Egoismus jetzt nur noch für ihren eigenen Vorteil sorgen. Und doch ist dies keine vornehmste Ursache. Vom Typ jenes Berliner Eierhändlers, der 3 Äpfel mit Eiern an die Wand warf, anstatt auf den polizeilichen Druck hin, einer armen Mutter, einige zu billigerem Preise abzugeben, egzistieren Tausende. In weiten Kreisen der Geschäftswelt und auch der Landwirtschaft scheint man bei der Preisfestsetzung weder Maß noch Ziel zu kennen, obwohl immer breitere Schichten des Volkes im Elend erliegen. Das gleiche trifft auch zu für weite Industriekreise, über die der Rhein. Börsenkurier vom 25. 8. folgendes bezügelnde Klage- lied singt:

Die Hochzeit steigt, die Dämme sind durchbrochen, und unsere Wirtschaft geht in Trümmer. Das ist das Bild der Gegenwart. Wer Schuld an diesem Zustand hat, bleibe unerörtert. Es hat keinen Zweck, am Grabe unserer Hoffnungen zu trauern, es gilt vielmehr, die Hände zu rühren, die schaffenden Stellen schnellstmöglich auszubessern und — wieder aufzubauen.

Der Kreislauf Notenherstellung — Marktentwertung nimmt ein immer schnelleres Tempo an. Ursache und Wirkung überlagern sich. Die Mittel, sich dem Strome entgegenzusetzen, ihn aufzuhalten, sind nicht rechtzeitig zur Anwendung gekommen. Die neuen Steuern schöpfen zwar mehr als alle bisherigen aus dem Sachwertverfall, treffen aber in ganz unzulänglicher Weise die unerschöpflichen Goldvorräte der seit Ausbruch des Krieges sich im Staate heischenden Leute. Diese sind es auch, die der Tanz ums papierne Kalb zum Schaden des Staatsgedanken und des deutschen Volkes weiter fortsetzen. Man verdient jetzt nicht mehr in Deutschland, sondern im Ausland und häufig auch dort die Gewinne auf, die steuerlich nicht zu fassen sind. Der Tanz geht weiter, da unsere Regierung nicht die Möglichkeit hat, dem Treiben Einhalt zu gebieten. Man begnügt sich, den fürchterlichen Grundbesitz durch Zwangsmittel gänzlich zu zerstören und erodiert jeden Willen zur Wiederbelebung des Volkswirtschaftes. Bezeichnend ein trauriges Schauspiel, das ein Teil der früheren Wirtschaftskreise bietet. Kein Solidaritätsgefühl, kein Verständnis für die unglücklichen beim Untergang gemarterten Existenzen! Überall nur die Sorge um den eigenen Geldbeutel! Man lächelt über Vermögenssteuer, Vermögenswachstumssteuer und ähnliche Sappalien. Sie werden mit entwerteten Papiergeldern bezahlt, und kleinste Dollarbeträge genügen, um sie zu decken.

Neuerdings steigt der Ansehens Grotoske. Infolge der Notentwertung fühlen sich Geschäftsleute und Privatfirmen berufen, auf eigene Faust Noten und Gulden in ungemessener Höhe in den Verkehr zu prägen. Soweit diese durch vorhandene Gulden bei der Reichsbank gedeckt sind, ist nichts dagegen einzuwenden. Wo dies aber nicht der Fall ist — und dies trifft in sehr

vielen Fällen zu —, bedeutet die Ausgabe von Notgeld eine durch nichts gerechtfertigte Kreditgewährung, die sich bitter rächen könnte. Warum unternehmen unsere Behörden gar nichts, diesem gefährlichen Tanz ums papierne Kalb zu steuern? Hier sollte mit Beschleunigung eingegriffen werden, z. B. durch Einführung der Genehmigungspflicht für Noten- und Guldenausgaben. Die Nebenwirkung der Geldmangel ist bereits auf dem Geldmarkt ersichtlich, wo die Billionen zu hohen Sätzen — bis zu 50 v. H. monatlich — ausgetrieben werden.

Wer jetzt noch in dieser Zeit der Not nur noch für sich sorgt und nur auf persönlichen Gewinn bedacht ist, begeht Landesverrat, denn er schwächt und zermürtet die Kraft des Volkes und verbaut den Weg zu einer besseren Zukunft.

Wir alle fühlen jeden Tag mehr, daß wir allein stehen in der Welt. Ob unsere Kinder dahinstehen, unsere Frauen kankeln unter dem Hebermaß der Sorge, das scheint die Welt da draußen nicht zu kümmern. Man hört wohl hin und wieder eine Stimme des Mitleids und sieht wohl auch Taten der christlichen Liebe, aber den Mut zur Rettung unseres Volkes scheint die Welt nicht aufzubringen. Wir sind auf uns selbst gestellt und können nur dann herauskommen aus all dem Elend, wenn der Wille in allen Volksgliedern kraftvoll sich regt, gemein sam all das Schwere der letzten Jahre zu tragen. Vernunft und Lebenswille des deutschen Volkes müßten gerade in diesen Tagen die Höhen der Zeit Egoismus, Gewinnsucht und Bruderhass hinabstoßen in den Ortus und die Richtgestalt christlicher Liebe und Hilfe auf den Thron erheben.

Achtung!
Verbandsmitglieder!

Verbandsvorstand und Ausschuß haben in ihrer Sitzung vom 5. September die

Erhebung eines doppelten Wochenbeitrages

beschlossen, der in der 38. Beitragswoche bei allen Mitgliedern zur Einziehung gelangen soll.

Die unheimliche Geldentwertung

der letzten Zeit, die in ihrer fürchterlichen Auswirkung genau so wie alle Organisationen, auch unseren Verband bedroht,

macht eine solche Maßnahme zur gebieterischen Notwendigkeit

Wir geben uns der zuversichtlichen Erwartung hin, daß alle Mitglieder den Ernst der Lage erkennen und im Interesse der

Erhaltung unseres Verbandes in schwerster Notzeit

das Opfer gerne bringen werden.

Hier erwacht unseren christlichen Gewerkschaften eine große Aufgabe. Sie müssen mehr als je bisher Pioniere unserer Grundzüge sein und durch ihr inneres Leben und ihre Propaganda die ganze Hohlheit und Verderblichkeit der das Leben unseres Volkes bedrohenden mammonistischen und sozialistischen Geistesströmung, aus der die Lieblosigkeit und das Ungläubig unserer Zeit größtenteils erwächst, dardun. Sie müssen sich mit starkem, mutigen Sinn jenen beiden Strömen des Verderbens entgegenwerfen. Es ist dem Menschen eigentümlich, daß er in der Stunde der Gefahr fast zusammensteht mit Feinsgefühlen. Diesen Naturtrieb, der durch die trüben Blüten jener egoistischen Strömung überschwemmt ist, müssen wir wieder wecken. Der Sinn des Volkes als einer großen Familie, einer Schicksalsgemeinschaft muß durch uns immer und immer wieder dargetan werden. Wir müssen dem Volke immer eindringlicher vor Augen führen, das wir nur die Wahl haben, entweder als Gesamtvolk unterzugehen oder aufzuerstehen. Es wird sich schließlich kein Stand allein retten können, wenn die Planken des Volkstums auseinanderbersten. Dann wird der vernichtende Abgrund uns alle verschlingen. Nur im Volkstum, in der Volksgemeinschaft liegt unsere Kraft und unsere Zukunft.

Wenn wir die gewaltige Aufgabe, kraft unserer Weltanschauung Sauerteig zu werden für unser armes Volk, dann müssen wir alle wieder ganze Gewerkschaftler werden. Gewiß trübt auch uns die Sorge den Blick für unsere über die Gegenwartsarbeit hinausgreifenden Ziele. Und diese Gegenwartsarbeit dürfen und wollen wir nicht vergessen, wie wir dies a auch nie getan haben.

Das zeigt ein Rückblick auf all die wirtschaftlichen und idealen Erfolge der letzten Jahre. Betriebsratsgesetz, Arbeitsgemeinschaften, Tarifvermittlung sind Siege unserer Ideen, während

ste dem sozialistischen Prinzip zuwiderlaufen und dessen Unhaltbarkeit für das praktische Leben dardun. Auch bezüglich der Sorge für die Abwehr des Elends haben unsere christlichen Gewerkschaften voll und ganz ihre Pflicht getan. Das beweist die Lohnentwicklung in sozialistischen Gebieten, die vielfach hinter der zurückbleibt, die in Gegenden mit starker christlicher Gewerkschaftsbewegung gestaltet werden konnte. Das beweist auch unsere Sorge für die Weiterhaltung der Löhne. In all ihrer Sorge können also die Arbeiter ruhig dem Wirken unserer Bewegung und unseres Verbandes vertrauen.

Die Sorge um den Alltag darf uns aber nicht ganz ablenken von den in die Zukunft hineingreifenden Aufgaben. Wir müssen uns als christliche Gewerkschaftler ein starkes, mutiges Herz und den Glauben an das Leben bewahren. Mit Klagen und Jammern, mit Leidenschaft, und Haß; mit Gewalttat und Kampf wird nichts geholfen, aber viel verderben. Darum kämpfen wir dagegen an. Wir wollen aufsteigen, aber nicht tiefer sinken.

Diese Auftriebskraft unserer Grundzüge wird um so stärker sein, je größer der Einfluß unserer Bewegung ist. Deshalb muß es unsere erste und wichtigste Sorge sein, auch in der heutigen, kritischen Zeit, unseren Verband zu stärken nach innen und außen.

Innerlich soll echter christlicher Gemeinschaftsgeist uns durchströmen. Wir wollen als Freunde zusammenstehen, besonders fest in dieser Notzeit. Wir wollen auch in der Gemeinlichkeit unserer gewerkschaftlichen Freundschaft unsere Pflicht dem Verband gegenüber tun. In den Tagen des Elendes ist das billig und leicht. Aber in der Not erst bewährt sich christliche Treue. Zunächst muß also wieder der alte Arbeitseifer allüberall aufflammen. Die Arbeit der Vertrauensleute liegt vielfach auf zu wenig Schultern. Jüngst noch stellte ich in einer großen Verwaltung fest, daß ein Vertrauensmann 60 Kollegen bediente. Das wäre nicht nötig, wenn frischer, bewegter Geist vorhanden wäre und Lust und Liebe zur Arbeit.

Nicht allein dabei müssen wir mittun. Auch in der Werbearbeit dürfen wir nicht versagen. Unser Verband darf nicht zurückgehen und er tut's auch nicht, wenn wir wollen. Gerade in dieser Zeit der Not würde die Agitation und gerade die Hausagitation wie ein Keulenschlag wirken auf die in dumpfer Mattigkeit und Schläppheit dahin Dämmenden. Sie würde als mutiges Zeugnis eines frischen optimistischen Geistes und heldenhaften Herzens in dieser Zeit der Not ihren gewaltigen Eindruck nicht verfehlen.

Auch das Versammlungsleben darf nicht einschlafen. Gerade heute haben wir es doppelt nötig, uns auszusprechen über die Probleme des Tages und der Zukunft. Aber in echt freundschaftlichem Geiste. Randbedingungen der brüderlichen Liebe sollen unsere Versammlungen sein. Stank und Zank wollen wir den andern überlassen.

Und endlich das letzte, aber nicht das Unwichtigste. Wir müssen auch in finanzieller Hinsicht unsere Pflicht tun. In ernster und eindringlicher Weise hat der Verband in der letzten Nummer unseres Organs Euch seine Not geklagt. „Verband in Not.“ Dieser Ruf muß an unsere Herzen rühren, wie der Ruf: „Schiff in Not“ an die Herzen der Helfer rührt. Wir müssen also pünktlich und gern unseren Beitrag zahlen. Eine Stunde in der Woche können und müssen wir alle für unsern Verband gerne arbeiten wollen. Dabei darf kein Gebiet unseres Vaterlandes in Ost und West in Nord und Süd zurückbleiben. Das wäre nicht nur töricht, sondern auch schäbig. Treue um Treue.

Auch der heutige Aufruf unseres Verbandes zur Zahlung eines doppelten Wochenbeitrages in der 38. Woche muß von jedem Kollegen beachtet und befolgt werden. In unserer Sorge für die Erhaltung des Verbandes wollen wir uns nicht beeinflussen lassen von anderen Organisationen, die in Kurzsichtigkeit und Halberzigkeit zeitensprechende Beitragspolitik nicht wagen und dadurch ihre Organisation und deren Mitglieder gewaltig schädigen.

Wenn wir in solchem Sinne arbeiten, dann wird die legendäre Wirkung dieser Arbeit sich in mannigfacher Hinsicht zeigen. Die Arbeit für den Verband wird uns erheben über die stessende Sorge des Alltags. Sie wird sich auswirken als Heilmittel gegen die Stimmung der Trübseligkeit, die die Not der Zeit in unsere Herzen hineintragen könnte. Sie wird uns wieder froher und mutiger machen. Sie wird unseren Verband zum starken und einflussreichen Sammelreservoir mutiger, lebensbejahender Kraft machen und ihn gestalten zum immer stärkeren Rückhalt für uns selbst. Und endlich ist diese Arbeit für unsern Verband edelster Pionierdienst an der Rettung unseres Volkes und unseres Vaterlandes, deren Aufstieg nur möglich sein wird in der Kraft unserer Weltanschauung.

Die gegenwärtige Lohnpolitik

Einem Aufsatz des Kollegen Generalsekretär Dittl entnehmen wir folgende Auslassungen:

„In der gegenwärtigen Lohnpolitik spielen zwei Fragen eine große Rolle: nämlich besser angepasste und stabilere Löhne einerseits und die Höhe des Lohnes andererseits. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, diese Fragen losgelöst von den währungs-, finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen der Gegenwart, oder das Lohnproblem mit Maßnahmen, welche keine Rücksicht auf die Lage der Wirtschaft und des Gewerbes nehmen, lösen zu können. Sobald wir wieder stabile Währungsverhältnisse haben, ist die Anpassung der Löhne und Gehälter an die gesunkene Kaufkraft kein Problem mehr. Schon daraus geht hervor, daß die währungs- und finanzpolitischen Maßnahmen (u. a. Goldanleihe, Devisenablieferungen, bürokratische Steuern), welche den Zweck haben, der Inflation zu steuern und zu stabileren Verhältnissen zu kommen, auch für die Lohnpolitik von großer Bedeutung sind.“

Wir stehen gegenwärtig, im Zusammenhang mit der gespannten Gesamtwirtschaftslage, in der Lohnpolitik in einer kritischen Lage. Inzuzug kommt u. a. sowohl das große Durcheinander in der Lohnanpassung, wie auch die großen Unterschiede in der Lohnhöhe. Erst seit letzter die beginnenden Betriebsanstellungen in einzelnen Betriebszweigen und Berufen. Wir haben zurzeit ein großes Durcheinander. Vereinzelt haben wir Löhne, die in Anbetracht der gegenwärtigen Wirtschaftslage über ein erträgliches Niveau hinausgekommen sind, während dagegen auf der anderen Seite — und das ist die Mehrzahl der Fälle — die Löhne noch erheblich unter dem absolut Notwendigen und Möglichen liegen. Wenn — um von vielen Beispielen nur eines willkürlich herauszugreifen — im Holzgewerbe am 13. August d. Js. Bereinbarungen getroffen wurden von je 200 000.— Mark Stundenlohn für den Facharbeiter in Freiburg und Stuttgart, und am selben Tage in Essen von 500 000.— Mark, ferner am 15. August in München von 300 000.— Mark und am 16. August in Berlin von 260 000.— Mark, so sind das Unterschiede, welche keineswegs durch die Verschiedenheiten der bezirklichen oder gewerblichen Verhältnisse bedingt sein können.

Es erweist sich immer mehr als ein kaum wieder gut zu machender Fehler, daß vor einiger Zeit in der Zentralarbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine Verständigung über die Anwendung bestimmter allgemeiner Richtlinien bei der Lohnanpassung nicht zu erzielen war. Jetzt läßt sich diese Unterlassung nur schwer nachholen. Dann kam vor kurzem ziemlich plötzlich die Gärungsperiode, mit Betriebsstillegungen, geschürt von kommunistischer Seite, einhergehend mit radikalen Steuererhöhungen, Regierungsumbildung usw., die das Durcheinander wesentlich vergrößert hat.

Es ist notwendig, daß sich sowohl hinsichtlich der Ermittlung und Bemessung des Grundlohnes innerhalb der einzelnen Gewerbe, wie auch in Bezug auf die Anwendung der Mehrzahl (Index) für die innerhalb der in Betracht kommenden Perioden eingetretene Teuerung mehr einheitliche Grundzüge, unter praktischer Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse, durchsetzen. Angzustreben ist, daß sich in jedem Gewerbe paritätisch aus Arbeitgeber und Arbeitnehmern zusammengeleitete Lohnausschüsse mit der Frage zweckmäßiger Anpassung und einheitlicher Gestaltung der Löhne, unter Anpassung an die Tragfähigkeit des Gewerbes, befassen. Darüber hinaus müßte ein zentraler Ausschuss, der die Lohnfrage im allgemeinen, das heißt im Zusammenhang mit den Fragen der Wirtschaftslage, der Produktion, der Preisgestaltung usw., behandelt, gebildet werden. Nachdem, infolge der Haltung eines Teiles der freien Gewerkschaften, in verschiedenen Gewerben Reichsarbeitsgemeinschaften nicht bestehen, und in der Zentralarbeitsgemeinschaft ebenfalls große freigewerkschaftliche Verbände nicht vertreten sind, würde die Bildung dieser Ausschüsse auf dem Wege über die Reichsarbeitsgemeinschaften nur zum Teil erfolgen können. Des Weiteren ist sehr zweifelhaft, ob bei der leider gegebenen Sachlage der zentrale Ausschuss fruchtbringende Arbeit innerhalb der Zentralarbeitsgemeinschaft leisten könnte. Notwendigenfalls müßte also ein anderer Ausweg zur Erreichung des erstrebenswerten Zieles gesucht werden.“

Ueber den ganzen Fragenkomplex haben gegenwärtig, angeregt von der Zentralarbeitsgemeinschaft, Besprechungen zwischen den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattgefunden, die nunmehr zu Ende geführt wurden.

Das Ergebnis der langwierigen Beratungen ist folgendes:

Richtlinien der Spitzenverbände zur Lohnfrage.

Die Vorstände der Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben in Verhandlungen der Zentralarbeitsgemeinschaft die in der Presse bereits nach dem Kommissionsentwurf bekanntgegebenen Richtlinien zur Lohnfrage in folgender endgültiger Fassung genehmigt:

1. Um sich ein einwandfreies Urteil über die Erhaltung der Kaufkraft des Lohnes und über die richtige Lohnhöhe zu bilden, ist es nötig, die jeweiligen Lohnsätze in Grundlohn und Multiplikator zu zerlegen. Der jeweilige Tariflohn ist also gleich Grundlohn mal Multiplikator und ist bei Arbeitnehmern wöchentlich, bei Angestellten wöchentlich oder befallenenweise zu berechnen.

2. Für einen Zeitraum von 4—8 Wochen legen die Tarifvertragsparteien den mit dem Multiplikator zu erhöhenden Grundlohn unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten beider Seiten fest. Dieser Grundlohn bleibt somit für die besterreichende Tarifperiode konstant. In ihm drückt sich die jeweilige Wirtschaftslage und Konjunktur der betreffenden Wirtschaftsklassen aus.

3. Als Multiplikator soll eine aus der statistischen Erfassung der Lebenshaltungskosten (Kleinhandelspreise) gelundene Mehrzahl verwendet werden, da lediglich die im Kleinhandel zu zahlenden Preise für Lebensmittel und Bekleidungsgegenstände bestimmend für den Zahlungsmittelbedarf des Arbeitnehmers sind. Der Dollarkurs oder die Großhandelsmehrzahl sind hierfür ungeeignet.

4. Die Wahl der Mehrzahl ist den Tarifvertragsparteien überlassen. Bei Reichstariifverträgen oder bei Tarifverträgen für größere Gebiete wird man die Reichsmehrzahl des statistischen Reichsumsatzes oder ihre Steigerung zweckmäßigerweise verwenden, wobei die Berücksichtigung der örtlichen oder bezirklichen Verhältnisse (Ortsklassen) bei der Bemessung des Grundlohnes erfolgen kann.

5. Bei örtlichen oder bezirklichen Tarifverträgen empfiehlt sich die Anwendung entweder der vom Statistischen Reichsamte errechneten Mehrzahl für den Ort bzw. den Bezirk oder einer nach örtlichen Verhältnissen wie dem in der statistischen Reichsamte aufgeführten Mehrzahl der Tarifvertragsparteien oder anderer Stellen von beiderseitiger Zustimmung. Es ist dabei von Bedeutung, daß für die verschiedenen Berufsgruppen eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes möglichst eine einheitliche Mehrzahl Anwendung findet.

6. Bei der Festsetzung der jeweiligen Lohn- oder Gehaltshöhe hat man zu unterscheiden:

- a) Die Lohnwoche, d. h. die Woche, für die der Lohn verdient wird.
- b) Der Festsetzungstag der Mehrzahlen und den Festsetzungstag des Lohnes.
- c) Der Auszahlungstag.
- d) Die Verbrauchswoche.

7. Grundlegend muß für die Bemessung der Lohnhöhe der Geldwert der Verbrauchswoche maßgebend sein; man wird jedoch in Zeiten nur geringer Schwankungen des Geldwerts, ohne allen großen Fehler zu begehen, den Festsetzungstag der Mehrzahl für die Lohnhöhe maßgebend sein lassen können. In Zeiten starker Geldentwertung muß jedoch dieser Fehler ein nicht erträgliches Abfallen des Reallohnes zur Folge haben. So daß man gezwungen ist, bei der Lohnfestsetzung an der Mehrzahl des Festsetzungstages auch noch die zu erwartende Steigerung der Mehrzahl der Verbrauchswoche vorzusehen. Einen gewissen Anhalt für diese Vorausschätzung kann die Bewegung des Dollarkurses und der Großhandelspreise geben.

8. Ob diese Schätzung richtig gewesen ist, wird man erst beurteilen können, wenn die Mehrzahl der Verbrauchswoche vorliegt. Es gilt sich abzufragen, ob ein Fünftel oder ein Zehntel an Lohn oder Gehalt bezahlt worden ist, so hat eine Korrektur in der Weise stattzufinden, daß dieser Differenzbetrag bei der nächsten wöchentlich oder befallenenweise erfolgenden Lohn- oder Gehaltsberechnung hinzugefügt bzw. abgezogen wird. Zur Vereinfachung der Lohn- und Gehaltsrechnungen wird dieser Differenzbetrag mit der neu ermittelten bzw. abgeänderten Lohn- und Gehaltssumme zu einem einzigen Betrage vereinigt.

9. Um nicht durch übermäßige Belastung der Lohnhöhe neue unproduktive Arbeit zu veranlassen, ist grundsätzlich daran festzuhalten, daß die Wochen- oder befallenenweise der richtige Weg ist, und daß in Zeiten starker Geldentwertung durch die oben dargelegte Vorausschätzung ein Gleichgewicht gegen die Geldentwertung gegeben ist. Deshalb sind mehrmalige Zah-

lungen in der Woche nur in ganz besonderen Ausnahmefällen, wie sie z. B. in den ersten Wochen des August 1923 eintraten, vorzunehmen.

Die vorstehenden Richtlinien sollen zunächst für die Hebergangszeit bis zur Schaffung eines auch für die Lohnzahlung in Frage kommenden wertbeständigen Zahlungsmittels dienen. Die beiderseitigen Spitzenverbände sind sich darüber klar, daß das Lohnproblem nur mit dem Währungs- und Produktionsproblem endgültig gelöst werden kann. Deshalb bilden die Spitzenverbände einen lehnpolitischen Ausschuss mit der Aufgabe, das Lohnproblem zu erörtern und möglichst auch Vorschläge zur Lösung zu machen. Der Ausschuss soll bereits in der kommenden Woche in Berlin zusammentreten.

Unverantwortlicher Mangel an Mut

In der letzten Nummer unseres Verbandsorgans hatten wir in einem Aufruf „Verband in Not!“ mit Rücksicht auf die unheimliche Geldentwertung die unbedingte Notwendigkeit zeitgemäßer, dem Lohn angepasster Beitragshöhe und pünktlicher Beitragszahlung betont. Der „Regulator“, das Organ der H.-D.-Metallarbeiter druckt einen Teil dieses Aufrufs in seiner Nr. 35 ab und verteidigt sich dann zu folgender Bemerkung:

„Dies alles und noch mehr davon in aufstrebendem Tritt an der Spitze des Blattes. So ermuntert der Ernst der Lage drüber offene Sprache, stärkste Bestärkung. Wir meinen, daß auch die Kollegen im Gewerbeverein deutscher Metallarbeiter daraus ihre Schlüsse ziehen sollten.“

Der „Regulator“ will offenbar den Eindruck erwecken, als ob der Gewerbeverein „es noch nicht so nötig hätte“, aber immerhin könnten seine Mitglieder aus unserem Verhalten etwas lernen. Da heilige Einigkeit! So operiert eine Organisation, die den Mut zu zeitgemäßer Beitragsgestaltung bis heute noch nicht aufgebracht hat. Man schilt andere vor und empfindet den Mitgliedern, aber nur versteht, sich darnach zu richten. Bei offener Sprache müßte man ja die bisher bestellte billige Infanterie herbeiführen.

Im übrigen ist es interessant, daß an der Spitze der gleichen Nummer des „Regulator“ folgender Hinweis veröffentlicht wird: „Infolge der augenblicklichen Schwierigkeiten der Papierbeschaffung muß die Herausgabe unseres Blattes in der kommenden Woche unterbleiben.“ Wir sind der Auffassung, daß der „Regulator“ der Wahrheit am nächsten käme, wenn er statt Papierbeschaffung — Papiergeldbeschaffung setzte, da es im unbesetzten Gebiet doch immerhin viel leichter ist, an Druckpapier zu kommen, wie im besetzten Gebiet, in dem nur sehr, sehr wenige Papierfabriken liegen. Aber das letzte ja Mut voraus und solchen bringt eben der „Regulator“ nicht auf.

Es ist klar, daß wir uns durch solche Geschreibsel von einer vernünftigen Finanzpolitik nicht abbringen lassen. Wir sorgen für die Erhaltung unseres Verbandes, ohne Rücksicht darauf, ob die H.-D.-Gewerkschaften infolge Mangels an Mut auf den Hund kommen wollen. Wir wissen, daß wir auch damit unseren Kollegen viel ehrlischer und besser dienen, als wenn wir — gern möchten, aber nicht den Mut aufzubringen, die Finanzkraft des Verbandes zu sichern.

Eine Zeiter für den Aufstieg der Arbeiterkraft

und u. a.

Gewerkschaften, Tarifverträge und Kätewesen. Sie sind also der Aufstieg selbst noch nicht, sondern nur Mittel dazu. Will der Arbeiter und die Arbeiterkraft hinauf, so müssen sie selbst diese Zeiter benutzen.

Enoksen, Bestmisten und Stürmer

Sind Feminine auf diesem Weg. Die Enoksen wollen nur andere für sich die Zeiter herausheben lassen. Die Bestmisten sagen, da oben nichts doch nichts. Und die Stürmer, die alles auf einmal machen wollen, überschlagen sich oft, bleiben in den Enoksen Reden oder fallen von der Zeiter herunter, wodurch der Aufstieg nicht minder gefährdet wird. Soll das Ziel erreicht werden, so ist, notwendig, daß alle die Zeiter bestreiten mit

Klein, Zwanzsch und Wihlem Heberlegen!

Gewerkschaften, Tarifverträge und Kätewesen sind nicht seine Instrumente für die Arbeiterkraft.

Wenn indes das Akzept dieser Instrumente noch nicht vollständig ist und der Aufstieg selbst noch nicht vollständig ist, so liegt dieses nicht an den Instrumenten, sondern an

Arbeiter, die das Instrument nicht spielen lernten!

Es sind dies Unorganisierte und die Faulenzer im Gewerkschaftsleben, die keine Aktion nehmen, d. h. nicht zu Beschlüssen, Sitzungen und Kursen kommen, die Schriften des Verbandes nicht lesen usw.

Wirtschaftsbilder aus deutscher Vergangenheit

Die germanische Rechtsgenossenschaft, römisches und deutsches Recht. H. Orlow.

Zum Unterschied zu den modernen Genossenschaftsformen, welche Spitzverbände für viele oder jene Einzelgewerbe darstellen, wo dann jeder Mitglied wieder so und so vielen anderen Genossenschaften angehören kann, war die alte Rechtsgenossenschaft, ein einziger Verband für alle Zwecke des Lebens. Sie bildete eine religiöse, eine militärisch-rechtliche, eine ökonomische und eine soziale Korporation. In ökonomischer Hinsicht war sie eine geschlossene Produktions- und Konsumtionsgenossenschaft, für welche die Säkulargüter für alle Zwecke des Lebens, ein einheitliches Hauswesen, eine militärisch-rechtliche, eine ökonomische und eine soziale Korporation. In ökonomischer Hinsicht war sie eine geschlossene Produktions- und Konsumtionsgenossenschaft, für welche die Säkulargüter für alle Zwecke des Lebens, ein einheitliches Hauswesen, eine militärisch-rechtliche, eine ökonomische und eine soziale Korporation. In ökonomischer Hinsicht war sie eine geschlossene Produktions- und Konsumtionsgenossenschaft, für welche die Säkulargüter für alle Zwecke des Lebens, ein einheitliches Hauswesen, eine militärisch-rechtliche, eine ökonomische und eine soziale Korporation.

dreifachen Wirtschaftsbeziehungen Rechtskreis. Das Dorf ist ein Scheit das ältere gewellen zu sein, da es eine niedrigere Stufe der Landwirtschaft darstellt als das System der Einzelhöfe. Einmal die Anschaffung in der Form der Dörfer, so wurde zunächst ein Raum für den Land- und Gutsbesitzer und die den Platz umwohnenden Wohnhäuser ausgeschieden. Dieser Hofkreis lag im höchsten Frieden, und Frevelthaten die in demselben begangen wurden, unterlagen den strengsten Strafen. Dann kam ein weiteres umzäuntes Territorium, das den Hofraum nicht Wirtschaftsgenossenschaft, ferner die Gärten in sich schloß. Dieser Hofkreis lag in einem minderen Frieden, und die etwaigen Bußen waren für diesen Rechtskreis geringen.

Daran reihte sich die sogenannte Feldmark. Auf dieser wohnte sich der eigentliche Ackerbau, und zwar nach den Regeln einer individualisierten Gemeinnutzwirtschaft. Je nach dem Umlaufums oder derselbe ein, zwei, drei jährlich oder auch mehrjährig war, wurden die für die Kultur bestimmten Bodenstücke von Zeit zu Zeit neu verteilt beziehungsweise verlost, worauf sie nach Ablauf der Periode zur Neuverteilung an die Gesamtheit zurückfielen. Auch die Feldmark hatte ihren besonderen Frieden. Im niedersten Frieden erlosch lag die unverteilt gebliebene Mark, die sogenannte Allmend oder Gemeinmark, auf welcher jeder einzelne nach Maßgabe seines Bedürfnisses dasjenige sammeln oder nutzen konnte, was die Natur freiwillig darbot.

Die Hofe bestand in einem Rechtsanspruch auf Anteil an diesen oder verschiedenen Abteilungen, nach welcher sich dann wieder die Rechtsbeziehungen der Genossen gliederten. Am höchsten betrieblig, d. h. der eigenen Jurisdiktion des Inhabers am weitestgehenden unterworfen, war das Wohnhaus. In einem minderen Frieden lagen Hofraum und umzäuntes Territorium. Die Frage ist, ob der Todschlag eines Genossen in der Hofe der eigenen Jurisdiktion falle und damit straflos sei, wurde nach der Lage des Verhältnisses entschieden. Lag der Kopf des Ermordeten innerhalb der Hofe des Täters, so war der Täter seines Hausrechtes frei, andererseits hatte er sich vor der Gesamtheit zu verantworten usw. Die Größe der Hofe richtete sich nach dem Durch-

schneidungsbedürfnis eines Hauslandes und war daher je nach der Fruchtbarkeit des Landes eine andere. In Haus und Garten hatte der Genosse freie Wahl in der Bestimmung seines Betriebsplanes. Niemand, auch die Gesamtheit nicht, durfte ihm da hineinreden. Etwas anderes war es bei der Feldmark. Hier lebte die Gesamtheit den jährlichen Betriebsplan fest (Kulturwanne), dem sich jeder Einzelne freizügig unterwerfen hatte. Durch Gesamtbeschluß wurde die Zeit des Säens und Erntens, die Brache, die Heumacht, die Schließung und Bestimmung der Zugänge, die Zeit der Viehweidung in Wald und Feld, des Holzschlags usw. vorgeschrieben. Ein individuelles Benutzungsrecht hatte der Genosse an der Feldmark nur während der Produktionsperiode; nach der Ernte oder Mähe wurde die Nutzung der Acker und Wiesen „wiederum gemein“, sie unterlagen wieder der gemeinen Weidung, beziehungsweise Stoppelweidung.

Gemäß der vorherrschend üblichen Dreifelderwirtschaft zerfiel die Feldmark in drei Kulturteilungen, wovon die eine für Winterfrucht, die andere für Sommerfrucht, die dritte zur Brache bestimmt war; das sind die sogenannten drei Felder oder Ecken und gerat. Das Brachfeld wurde gewöhnlich gedüngt, und damit dem Boden die erforderlichen Düngstoffe nicht verloren gingen, war streng verboten, Heu und Stroh, Dung und Laub, Schlacken, Mistpel, ja selbst Holz, Flecht und dergl. aus der Marksgenossenschaft auszuführen. Auch im übrigen sollte die Kollektivwirtschaft möglichst unabhängig und von der Außenwelt isoliert dastehen. Bezüglich man auswärtiger Waren, was zumal in Bezug auf Eisen und Salz gewöhnlich der Fall war, so war es die Genossenschaft als solche, welche den Einkauf im Verkehr mit andern Kollektivkörpern besorgte und die Zuweisung im Inneren vornahm. Gewöhnlich wurde Wolle in Gegenwart abgegeben.

Des Geldes bedurfte man auf solche Weise weder im Innern noch nach außen. Die Regelung gemäß Gemeinbeschluß vertrat seine Stelle. Jedem wurde das Seine zu-

*) Vgl. über diese Punkte namentlich D. Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht, Bd. 2, 1873.

Wirtschafts Rundschau

Die Lage im Maschinenbau

Der Beschäftigungsgrad im Maschinenbau zeigte im Juli eher eine Verbesserung als eine Abwägung, obwohl sich bei vielen Betrieben keine Belebung des Auftragsverkehrs, sondern eine Verringerung der Geschäfte ergab, sei es durch Bestimmungsmangel, sei es durch Kapitalmangel. Das Betriebskapital wird für die Rohmaterialbeschaffung härter als je in Anspruch genommen. In einzelnen Bezirken, wie z. B. im Regensburger, wird die Einstellung der Beschäftigung der Maschinenfabriken sowohl für Inlands- wie für Auslandsaufträge als gut bezeichnet. Im Wiesentaler Bezirk dagegen hat die Lage durch Zurückhaltung der Unternehmer in der Erteilung von Bestellungen verschärft. Nach 230 Berichten über 351 000 in der Maschinenindustrie Beschäftigte war der Beschäftigungsgrad für 33 v. H. gegen 30 v. H. im Vormonat zurückgegangen, für 18 v. H. im Juli (im Vergleich v. H. im Juni) gut. Schlechte Beschäftigung wurde für fast die Hälfte der Arbeiter, über die Berichte vorliegen, festgestellt (49 v. H. im Berichtswort wie im Vormonat). Die Aussichten werden von 20 v. H. als unbestimmt beurteilt.

Die Materialbeschaffung war teils zufriedenstellend, so z. B. im S.-R. Bezirk Breslau; teils bestand aber Rohstoffmangel. Vereinzelt wird auch auf Wagenmangel hingewiesen.

Für den Lokomotivbau hat sich die Beschäftigung nicht wesentlich geändert. Im Rastatter Bezirk wurden leichte Lokomotiven auf Vorrat gebaut. Trotz einzelner Bestellungen mußte die Lokomotivindustrie infolge des geringen Auftragsbestandes die Arbeiterzahl zum Teil weiter verringern. Im Berliner Bezirk ist weder für Inlands- noch Auslandsbestellungen eine wesentliche Veränderung zu verzeichnen; die von der Reichsbahn eingegangenen Aufträge für die Winterlieferung hielten sich im Rahmen der vorjährigen Bestellungen.

Für die Waggonfabriken hat sich die Verschleuderei im Beschäftigungsgrad im Juli weiterhin verstärkt. Während ein Teil der Betriebe noch gut und besser als im Vormonat beschäftigt war, mußte von einer Reihe von Betrieben zum Teil zur Kurzarbeit übergegangen werden. Stellenweise erfolgte, auch im unbedeutenden Gebiet, der Mangel an Baustoffen Einschränkung von Arbeitspausen.

Die Fahrradindustrie ist im allgemeinen befriedigend beschäftigt, sie wies auch ausreichenden Bestellungen auf. In der Fahrradfabrikindustrie gestaltete sich die Beschäftigung bei den einzelnen Werken völlig verschieden; sie war bei einem Teil der Betriebe befriedigend und bei anderen ungenügend. Nach den eingegangenen Berichten waren die Automobilfabriken den Verhältnissen entsprechend normal beschäftigt. Die Lage der Fabriken für Beleuchtungs- und Signalinstrumente für Kraftfahrzeuge ist zum Teil nicht ganz zufriedenstellend.

Dem Schiffbau fehlte es an Neubaufträgen, da die inländischen Reeder den Verlauf der Auftragsbestellung abwarten und auch vom Ausland Neubaufträge so gut wie gar nicht einbringen. Die ausländischen Reeder haben seit der Behebung des Ruhrgebietes fast ausnahmslos überbetont. Im Regensburger Bezirk mußten die Schiffswerften infolge Mangels an Neubaufträgen teilweise Betriebsbeschränkungen vornehmen. Im Fluk-Schiffbau gestaltete sich der Bezug von Rohstoffen für den Bootsbau bei den ostpreussischen Betrieben im 2. Vierteljahr 1923 im großen und ganzen regelmäßig, im allgemeinen wurden nur Reparaturen ausgeführt.

Das allgemeine Steigen der Teuerung führte auch im Maschinenbau zu neuen Tarifverhandlungen und zu einer Steigerung der Löhne und Gehälter zur Angleichung an die Teuerung.

Elektrizitäts-Industrie

Der Beschäftigungsgrad der elektrotechnischen Industrie hat sich im ganzen nicht verändert. Die Anteile der Betriebe mit gutem (12 v. H.) und befriedigendem Beschäftigungsgrad (82 v. H.) haben sich nach 56 Einzelberichten an das Reichsarbeitsblatt für rund 175 000 Angestellte und Arbeiter auf derselben Höhe gehalten. Im großen und ganzen haben die Werke befriedigend zu tun; in einzelnen Abteilungen hat der Auftragsmangel allerdings nachgelassen, so daß verkürzt gearbeitet werden mußte. In München ergab sich Anfang des Monats eine leichte Besserung, auch in Bayern verbesserte sich die Lage der Elektrobranche, während sich in Oberfranken Auftragsmangel fühlbar machte.

Der Geschäftsgang ist in einzelnen Betriebszweigen nicht einheitlich. Eine Senkung in der Rohstoffbeschaffung aus dem Ausland wird von Einzelberichten wie Fachverbandsberichten auf die von der Reichsbank getroffenen Maßnahmen für die Devisenbeschaffung zurückgeführt.

Die Lage der Eisen- und Metallindustrie

Die allmähliche Besserung der Beschäftigung nahm im allgemeinen ihren Fortgang, und die Kurzarbeit war in fast allen Bezirken weiter im Abbau. An diesen Stellen konnten die Betriebe infolge der Belebung des Auftragsverkehrs zur Vollarbeit zurückkehren.

gewiesen, ein Tausch zwischen Individuum und Individuum bestand nicht, und am wenigsten wäre ein solcher um des Gewinnes halber gebildet worden; denn als Leisender galt überall im germanischen Altertum das Prinzip, daß der Genosse als Bruder dem Bruder möglichst gleichsetzen sollte.

An der Wiege der germanischen Kultur steht das Prinzip des Mittelstandes. Und das Bemerkenswerte hierbei ist, daß dasselbe nicht etwa bloß einfach postuliert erscheint, sondern aus einer bewußten Synthese (Zusammenfassung) des Gegensatzes von Privateigentum und Gemeineigentum hervorging.

Anders wie das römische Recht, welches eine klare Scheidung zwischen dem privaten und öffentlichen Recht vornimmt, spielen beim germanischen Recht beide Sphären nebeneinander. Dasselbe Sachverhältnis wird bald unter öffentlich-rechtlichem bald unter privatrechtlichem Gesichtspunkt betrachtet je nach Lage der Umstände. So ist auch der Eigentumsbegriff ein schwebendes und richtet sich nach dem Friedensstadium, in welchem das Objekt liegt. Sonderregeln und Gemeinregeln stehen sich polarisch und wechselseitig ergänzend gegenüber. Im „vollständigen“ Eigen steht das (höhere) Haus, daran schließt sich das umäußerte oder „ächte“ Eigen. „Vollreines“ und „ächtes Eigen“ zusammen bilden als „ererbte“ Gut oder „Erbe“ das Sonderregeln. Soweit dasselbe überhaupt mit der germanischen Rechtsanschauung vereinbar war. Eigentum und Allmend verblieben im Gesamteigen. Hieran hatte der Genosse nun ein Nutzungsrecht, welches bei der Feldmark genau reguliert war und sich auf mehrjährige Perioden ausschließlicher Nutzung bezog, bei der Allmend aber keinen temporär ausschließlichen Charakter hatte, sondern einer allgemeinen Sappenbüßel gleich, in welche jeder Genosse seinen Köhler tauchen konnte nach augenblicklichem Bedürfnis. Erst später wurden auch die Allmendnutzungen abgegrenzt. Die Sappe bestand jedoch aus Sonderregeln und Gemeinregeln in verschiedenen Abteilungen, nicht aus Privateigentum allein. Rechtsfreiheiten konnten nur darüber entstehen, es jenseitig seinen Reimgang überlassen habe. Darüber entschied die versammelte Gemeinde, vor welche jeder Handel gebracht

Nach 129 Einzelberichten der Eisen- und Metallindustrie waren unter 149 000 Beschäftigten noch 67 v. H. im Vergleich zu 65 v. H. im Mai in Betrieben mit höchstem Beschäftigungsgrad tätig; der Anteil der gutbeschäftigten Betriebe stieg von 11 auf 17, der der befriedigend Beschäftigten von 24 auf 28 v. H.

Der außerordentliche Anstieg bedingte eine starke Erhöhung der Preise und der Löhne. Die Beschäftigten stiegen besonders da, wo die Vereinbarung auf ausländische Brennstoffe angewiesen war. Auch für die Erhöhung der Bahnfrachten am 1. Juni und am 1. Juli mußte Ausgleich geschaffen werden. Das Auftragsgeschäft ist infolge der unübersichtlichen politischen Verhältnisse nach dem Bericht der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrie, als sehr ruhig geblieben. Auch in Oberfranken sind verhältnismäßig nur geringe Eingänge von Aufträgen aus dem Ausland zu verzeichnen. Die oberfränkischen Eisenindustrie war jedoch infolge der Besserung des Auftragsbestandes aus dem Ausland im allgemeinen ausreichend beschäftigt.

Die Eisengießereien Süddeutschlands haben im Juli eine leichte Besserung des Beschäftigungsgrades erfahren. Für die Metallwarenindustrie Westfalens ist aber eine wesentliche Veränderung der Beschäftigung nach dem Handelskammerbericht Mitteln nicht eingetreten; ein Abbruch neuer Geschäfte im größeren Umfang hat sich hier nicht vollzogen.

Die Lage der Solinger Klein- und Stahlwarenindustrie ist durch das starke Steigen der Rohmaterialpreise zwar beeinflusst worden, doch ist die Besserung der Beschäftigung nicht in dem zu erwartenden Umfang eingetreten, und es konnte hier bei zahlreichen Betrieben die Kurzarbeit noch nicht aufgehoben werden. Auch wird auf starken Wettbewerb der Auslandsindustrie, z. B. auf dem spanischen und portugiesischen Markt, hingewiesen. Bei der Mehrzahl der Remschneider Werkzeugebetriebe und der anderen Eisens- und Stahlwarenbetriebe des bezirksamer Kammerbezirks ist im Juni keine Besserung, sondern ein weiterer Rückgang der Beschäftigung festzustellen. Die Rohstoffverknappung unterliegt wachsenden Schwierigkeiten. Auch die Lage der Schmalkaldener Kleinindustrie hat durch den Anstieg des Dollars keine ansehnliche Verbesserung erfahren. Das Inland erwies sich infolge der hohen Verkaufspreise nicht mehr lukrativ und eine Vermehrung der Inlandsaufträge ist nicht mehr zu verzeichnen.

Die Edel- und Schmuckwarenindustrie Badens hat nach dem Bericht der Handelskammer Wetzlar den beschäftigsten Beschäftigungsgrad als im Vormonat gehabt. Die Kurzarbeit hat sich vermindert. Es handelt sich bei der Belebung des Auftragsverkehrs um Einbedingungen, die unter der Berücksichtigung vor weiterer Preissteigerungen vorgenommen wurden. Für feiner verarbeitete Metallwaren häuften sich der reichliche Bestand an Aufträgen vor der Beschäftigung, auch für die nächste Zeit; es handelt sich hier, ebenso wie beim Abzug schwerverarbeiteter Tafelgeräte und Gebilde, um Auftragsaufträge, da das Inland für die Aufnahme dieser Erzeugnisse nicht mehr lukrativ genug ist.

Die Aluminiumwarenindustrie des Bezirks Müdenfeld war wegen des geringen Auftragsbestandes gezwungen, verkürzt zu arbeiten. Auch hier wird die mangelnde Kaufkraft des Inlands als Grund für die erst in den letzten Tagen getragene Besserung der Nachfrage angeführt.

Der zwölfstündige Arbeitstag in der amerikanischen Stahl- und Eisenindustrie

Auf Veranlassung des verstorbenen amerikanischen Präsidenten Harding ist in den Vereinigten Staaten im vorigen Jahr eine Kommission eingesetzt worden, die sich mit der Forderung der Arbeiter, den zwölfstündigen Arbeitstag in der Eisen- und Stahlindustrie einzuführen, zu befassen hatte. Die Kommission ist von dem Vorsitzenden der „American Iron and Steel Institute“ Gary ernannt worden und bestand ausschließlich aus Arbeitgebern. Es ist demnach nicht verwunderlich, daß der Bericht zu einer ablehnenden Haltung gegenüber der Einführung des zwölfstündigen Arbeitstages gelangte. In dem Bericht wird angeführt, daß in der Eisen- und Stahlindustrie entweder in drei Schichten zu je 8 oder in zwei Schichten zu je 12 Stunden gearbeitet werden müsse. Wollte man jetzt den zwölfstündigen Arbeitstag einführen, so würden 80 000 Arbeiter mehr notwendig sein. Die Produktionskosten würden um 15 Prozent steigen. In Anbetracht des Mangels an Arbeitskräften, die infolge des Einwanderungsverbotes nicht festgestellt werden könne, werde man den Nachschub von 60 000 Arbeitern nicht decken können. Auch könne der Unternehmer, der zwischen den Arbeitern und dem konsumierenden Publikum als Vermittler dazwischen liege, jetzt nicht befürworten, daß die Preise für Eisen- und Stahlwaren um 15 Prozent erhöht werden. Im Gegenteil seien die Vereinigten Staaten ebenso wie andere Länder zur Zeit auf möglichst erhebliche Produktion bei billigen Preisen mehr als je angewiesen. Uebrigens sei der zwölfstündige Arbeitstag für die Arbeiter in physischer, geistiger und moralischer Hinsicht nicht kühnlich.

Diese Stellungnahme der Kommission hat zu einem Schriftwechsel zwischen dem Präsidenten Harding und dem Vorsitzenden des American Iron & Steel-Institutes geführt. Präsident Harding hat unter dem 18. Juni d. J. ein Schreiben an Herrn Gary geschrieben, worin er unter Hinweis auf die Stimmung in der Be-

werden mußte. Der öffentliche oder Gesamtwille war absolut. Hatte doch jedermann seinen Besitz nur als ein Amt von der Gesamtheit übertragen erhalten. Ohne Amt kein Besitz. Freilich auch umgekehrt kein Besitz ohne Amt, beziehungsweise Pflicht. Es war ein Amtseigentum in optima forma. Wir haben es hier mit einem Gedanken zu tun, den um die Wende des 18. Jahrhunderts G. Fichte in seinem „Geschlossenen Handelsstaat“ und in seiner „Rechtslehre“ in Anknüpfung an das allgemeine Vorbild wieder aufgenommen.

Wie anders steht dem gegenüber das römische Recht mit seinem klaren individuellen Eigentumsbegriff da. Alles wird hier vom Individuum, das als absolut gedacht ist, abgeleitet. Der öffentliche Wille erscheint gleichsam nur als ein anderer, übermächtiger Privatwille. Das Eigentum besteht in der Befugnis, eine Sache zu gebrauchen und zu mißbrauchen. Es bezieht sich auch auf Menschen, die dann als Sache gelten. Das Herkultsprinzip an Stelle des freien Genossenschaftsprinzips bildet hier den Leitfaden. Einen Pflichtbesitz gibt es nicht. Wird das Recht bei den Germanen aus dem Gewissen der Genossen herausgewiesen (Weistümer) oder geschöpft (Schöffen), so wird umgekehrt bei den Römern geboten, befohlen. Im römischen Recht sieht beim Prozeß der Einzelne gegenüber einem anderen Einzelnen einen Kampf aus, wobei der Stärkere und Geschicklichere gewinnt, und worauf ihn dann die Rechtsordnung in seiner Seele beschützt. Das germanische Recht andererseits beruht auf Friedensstiftung. Es will von Gewaltwegen ordnen und jedem dasjenige zuteilen, was ihm im Verhältnis zu seinen Pflichten und Leistungen zukommt. Das römische Recht ist ein Recht der städtischen Kultur, ein Geldrecht, das germanische ein solches der ländlichen Kultur. Es heißt alles Abstrakt, alles Schablonenmäßig und freut sich an der lebendigen Vielfältigkeit der naturlichen Erscheinungsformen. Dort hat alles einen absoluten, hier alles einen relativen Charakter. Kurz, es gibt wohl keinen größeren

Widerstand seiner Einführung darüber Ausdruck gibt, daß der oben erwähnte Bericht zu keinem anderen Ergebnis gekommen sei. Er, der Präsident, hoffe trotzdem, daß diese Frage, die von sozialer Sicht gleich ist, entsprechend dem in solchen Angelegenheiten in Amerika üblichen Vorgehen durch die Initiative der beteiligten Industriellen selber gelöst werde. Der Präsident glaube, daß es wohl möglich sei, für die Stahlindustrie die Zulage abzugeben, daß der zwölfstündige Arbeitstag in einen achtstündigen vermandelt werde, bevor etwa infolge Nachlassens der Beschäftigung in der Industrie eine Verringerung der Zahl der Arbeiter stattfinden, oder wenn zu irgend einer Zeit ein Ueberfluß an Arbeitsangeboten vorhanden sei.

Gary und die sämtlichen Direktoren seines Instituts antworteten am 27. Juni in einem Schreiben, daß sie die Stimmung im Lande zu Gunsten der Abschaffung des zwölfstündigen Arbeitstages nicht verkennen und nicht unterschätzen werden. Die Eisen- und Stahlindustrie würde sich alle Mühe geben, diesem Wunsch gerecht zu werden; sie glauben, daß die Änderung vorgenommen werden könne, wenn — hier werden die Worte aus dem Briefe des Präsidenten wiederholt — ein Ueberfluß an Arbeitsangeboten vorhanden sei. Es werde erwartet, daß die Eisen- und Stahlindustriellen außerhalb, abgesehen von den unterzeichneten Direktoren, sich dieser Auffassung anschließen.

Samuel Gompers, Präsident der American Federation of Labor, bezeichnet diese Zulage der Industriellen als „Bluff und Unaufrichtigkeit“. Praktische Ergebnisse ständen wohl in weiter Ferne. Es bestände die Befürchtung, daß bei einem Ueberfluß von Arbeitskräften man nicht an eine Verkürzung der Arbeitszeit, sondern an Herabsetzung der Löhne denken würde.

Für die deutsche Arbeiterbewegung ist die Entwicklung dieser Frage in mehr als einer Hinsicht von großem Interesse. Die deutsche Industrie köhlt in fast allen ausländischen Ländern in immer verstärktem Maße auf die amerikanischen Konkurrenz. Es ist für unsere Wettbewerbsfähigkeit von größter Bedeutung und Einfluß, daß eines der größten Industrielande bis heute in denselben Betrieben, in denen der achtstündige Arbeitstag die größte Berechtigung hat, die Einführung desselben im Gegensatz zu seinen Konkurrenzländern ablehnt. Das Ergebnis der 1. Internationalen Arbeiterkonferenz in Washington, von der man so viel Aufhebens machte, und der Inhalt des Artikels 427 des Verfassers Friedensvertrages, betreffend den Schutze der arbeitenden Klassen, scheint demnach für die Amerikaner nicht zu gelten. Die Aussicht, die von der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie geäußert werden, daß diese, wie sie in der Vorkriegszeit gegenüber den Forderungen des christlichen Metallarbeiterverbandes auf Einführung des achtstündigen Arbeitstages in der Hüttenindustrie teilens der deutschen Industriellen üblich waren. Die Gegenüberstellung der deutschen Industrie hatte aber damals noch das eine für sich, daß fast das gesamte Ausland die zwölfstündige Arbeitszeit aufzuweisen hatte, während heute die Amerikaner dieses Argument nicht mehr zur Geltung bringen können. Auch wir glauben, daß die Inanspruchnahme der Verkürzung der Arbeitszeit bei einem Ueberfluß von Arbeitsangeboten wenig Bedeutung haben wird, wenn man berücksichtigt, daß die Vereinigten Staaten in der Nachkriegszeit teilweise eine besteuerte Arbeitslosigkeit aufzuweisen hatten, ohne daß man die Gelegenheit zur Einführung des achtstündigen Arbeitstages benutzt hat. Im übrigen würden die amerikanischen Arbeitsverhältnisse wohl ein dankenswertes Gebiet für das Internationale Arbeitsamt abgeben.

Bekanntmachungen

Am 9. September ist der 37. am 15. September der 38. Wochenbeitrag als Doppelbeitrag und am 21. September der 30. Wochenbeitrag fällig.

Es wird wiederholt und dringend darauf aufmerksam gemacht, daß die eingezogenen Beiträge sofort der Hauptkasse zu überweisen sind. Jede Verzögerung bedeutet eine Schädigung des Verbandes.

Briefkasten

H. G. Umburg. Zwei Fragen lege ich dir vor: Was ist der Sinn Deines Briefes? Was haben vaterländische Vereinigungen und Gewerkschaften denn eigentlich miteinander zu tun? Mit Schmutz auf schlechte Zustände erreicht man nichts. Positive Vorschläge machen und mitarbeiten, jeder an seiner Stelle, das ist notwendig.

F. J. L. G. Wir bedauern ebenso wie Du, daß das Verbandsorgan nicht pünktlich ankommt. Das liegt an den Postverhältnissen, die infolge der Ruhrbelegung geschaffen worden sind. Keine Eisenbahn fährt, die Elektrischen liegen zum Teil still. Alles muß per Post geschafft werden, zumal jetzt unter der Verkehrsperre selbst der gelamte Postverdienst. Aber das muß für eine kurze Zeit getragen werden. Wir im besetzten Gebiet tragen noch mehr.

B. u. St. Sauerland. Wie steht es mit der Bestellung der „Wächter der Arbeit“? Ihr erlaubt, daß im Herbst auch wieder Unterrichtsstufe.

F. J. Welsch. Wirtschaftsverband und Freigewerkschaft sind ein seltsames Namejuches Zwillingpaar, das bei Euch herumspukt. Was die letzteren anbelangt, so empfehle ich dir die „Deutsche Arbeit“, Juli 1922, die eine gute Antwort auf die Spinnereien der Freigewerkschaft enthält.

ren Gegensatz als derjenige ist, der zwischen römischer und germanischer Rechtsanschauung besteht.

Bei dem germanischen Vorkriegsrecht drückt sich das hier geschilderte Widerpiel am deutlichsten aus. Es gibt aber, wie schon ange deutet, noch ein zweites Anknüpfungssystem der Germanen, nämlich das in Einzelheiten, das sogenannte Einbußsystem, wie es noch jetzt vielerorten genannt wird. Es ist eine billige Verkennung, wenn man annimmt, hier habe das Privateigentum im modernen oder römischen Sinne geherrscht. Auch beim Hofsystem galt das Genossenschaftsprinzip, nur mit dem Unterschied, daß das Territorium der „Bauerhaft“ statt in vier nur in drei Abteilungen zerfiel. Hier war die Feldmark mit dem Gartenland zu einer Einheit zusammengefaßt, nämlich in: a. Haus und Hof; b. umäußertes Acker, Weiden; und Gartenland; c. Allmend. Die der Gemeinwirtschaft unterliegende Feldmark fällt hier weg, sie ist mit dem Gartenland zusammengefaßt und wird individuell bewirtschaftet. Nicht die Dreifelderwirtschaft, sondern das höhere Betriebsystem der Feldgraswirtschaft ist hier in Anwendung. Nach Julius Meyer wäre dies die eigentliche germanische Anknüpfungssystem gewesen. Demgegenüber ist in unseren Tagen A. Weiden in seinem schon genannten Werte mit Entschiedenheit für das Dorfleben als germanische Urform eingetreten. Das Hofsystem ist von Haus aus festlich. Sei dem wie immer! Es ist doch späterhin gerade die älteren deutschen Stämme dieses System der sogenannten „Bauerhaft“ angenommen hatten. Hier traten die allgemeinerwirtschaftlichen Interessen mehr zurück. Sie haben jedoch noch in der Allmend einen wichtigen Rest der ursprünglichen und halbkommunitarischen Beschaffenheit aufzuweisen. Auch diese Betriebsform produziert wie alle Naturwirtschaft zunächst für den eigenen Konsum. Die Verteilung nach oben geschieht, wenn nicht durch die Gemeinwirtschaft selbst wie beim Dorfleben, so doch jedenfalls unter ihrer Kontrolle. Im allgemeinen kann man sagen, daß die ältere Naturwirtschaft den Individuellen Tausch nicht kennt, es sei bei den Germanen, sei es bei den übrigen Völkern, welche auf der gleichen Stufe parallele Zustände aufweisen.

